

Presseerklärung vom 24. Januar 2005

Fischer: "Für Aufgeregtheiten besteht keinerlei Veranlassung."

"Der CDU-Landesvorstand hat zur innerparteilichen Beratung der Ausgestaltung der geplanten Bezirksverwaltungsreform eine Kommission eingesetzt, die in erfreulich ruhiger und sachlicher Art und Weise nach vernünftigen Lösungen sucht und das Für und Wider bereits vorgelegter Diskussionsbeiträge umfassend würdigt. Ich lege Wert auf die Feststellung, dass sowohl bezüglich der Kompetenzverteilung zwischen Landes- und Bezirksebene als auch bezüglich der regionalen Bezirksstruktur noch keinerlei abschließenden Entscheidungen getroffen worden sind. Nach einem umfassenden und ergebnisoffenen Meinungsbildungsprozess in Partei und Bürgerschaftsfraktion wird der Landesausschuss der Hamburger CDU im Juni entsprechende Eckpunkte verabschieden. Da weder der zuständige Finanzsenator Dr. Peiner noch der Senat im übrigen diesbezüglich abschließende Entscheidungen getroffen haben, besteht für Aufgeregtheiten keinerlei Veranlassung."